

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Kulturausschusses  
am 13.11.2013**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Raum 113,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:30 Uhr bis 18:10 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Frau Dr. Annegret Bergner	Ausschussvorsitzende, CDU
Herr Harald Bartl	parteilos
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos
Frau Birgit Leibrich	parteilos
Herr Rudenz Schramm	parteilos
Herr Robert Bonan	parteilos
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle
Herr Ronald Gruner	SKE
Herr Christian Kenkel	SKE
Herr Dr. habil. Günter Kraus	SKE
Herr Wolfgang Stauch	SKE
Frau Katharina Becker	Verwaltung
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete
Frau Jutta Schmitz	Verwaltung
Herr Detlef Stallbaum	Verwaltung
Frau Dr. Ursula Wohlfeld	Verwaltung

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Dr. Frank Hirschinger	SKE
Herr Erhard Preuk	SKE
Herr Jürgen W. Schmidt	SKE
Frau Elke Schwabe	SKE

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die öffentliche Sitzung des Kulturausschusses wurde von **Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, informierte über folgende Tischvorlagen:

Änderungsblatt der Verwaltung zum TOP

- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012; Vorlage: V/2013/12027,

Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V2013/12027)  
Vorlage: V/2013/12231,

Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V2013/12027)  
Vorlage: V/2013/12151

**Frau Dr. Bergner** kündigte an, dass sich die CDU-Fraktion dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion anschließen wird.

**Frau Dr. Bergner** informierte weiterhin, dass die Verwaltung in der Vorlage TOP

- 4.3. Förderung des Künstlerhauses 188 e.V. im Jahr 2014 Vorlage: V/2013/12091  
Streichungen vorgenommen hat.

Für den Tagesordnungspunkt Mitteilungen kündigte **Frau Dr. Bergner** einen Terminvorschlag für die Arbeitsgruppe Kulturpolitische Leitlinien sowie Informationen zum Planetarium an.

**Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE.**, fragte zum TOP

- 5.2. Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Beseitigung der Skulpturengruppe vor dem Finanzamt Blücherstraße  
Vorlage: V/2013/11979

nach der Zuständigkeit. Wenn die Skulpturengruppe der Stadt nicht gehört, sei diese nicht gegeben. **Frau Dr. Bergner** bestätigte dies, der Antrag müsse jedoch formell abgeschlossen werden.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, kündigte an, sie wird den TOP

- 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung der Räumlichkeiten des ehemaligen Thalia Theaters; Vorlage: V/2013/11705

aufgrund neuer Entwicklungen zurückziehen.

**Herr Bauersfeld, Fraktion MitBÜRGER für Halle–NEUES FORUM** (ehem. CDU-Fraktion), erklärte als Initiator des Antrages auf Beseitigung der Skulpturengruppe vor dem Finanzamt, er wird noch Umformulierungen vornehmen.

Es gab keine weiteren Änderungswünsche. **Frau Dr. Bergner** bat um Abstimmung der Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 09.10.2013
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012  
Vorlage: V/2013/12027
    - 4.1.1 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V2013/12027)  
Vorlage: V/2013/12231
    - 4.1.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V2013/12027)  
Vorlage: V/2013/12151
  - 4.2. Satzung des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel" einschließlich Gebührenordnung ab 01.08.2014  
Vorlage: V/2013/12036
  - 4.3. Förderung des Künstlerhauses 188 e.V. im Jahr 2014  
Vorlage: V/2013/12091
  - 4.4. Fortschreibung des Bibliotheksentwicklungskonzeptes der Stadtbibliothek Halle (Saale) für die Jahre 2014 bis 2018  
Vorlage: V/2013/12041
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung der Räumlichkeiten des ehemaligen Thalia Theaters  
Vorlage: V/2013/11705
  - 5.2. Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Beseitigung der Skulpturengruppe vor dem Finanzamt Blücherstraße  
Vorlage: V/2013/11979
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

- 7. Mitteilungen
- 7.1. Bericht zum Prüfauftrag V/2013/113060: Kunst im öffentlichen Raum
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen

### zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 09.10.2013**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Kulturausschusses vom 09.10.2013. **Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, bat um Abstimmung der Niederschrift.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**  
1 Enthaltung

### zu 4 **Beschlussvorlagen**

---

#### zu 4.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012** Vorlage: V/2013/12027

---

##### zu 4.1.1 **Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V2013/12027)** Vorlage: V/2013/12231

---

##### zu 4.1.2 **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Jahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 (V2013/12027)** Vorlage: V/2013/12151

---

**Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, stellte fest, dass die Fragen aus der letzten Sitzung beantwortet sind. Sie schlug vor, zuerst die Änderungsanträge zu behandeln.

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, richtete an Frau Dr. Marquardt die Frage nach der aktuellen Situation, da die Änderungsanträge beide die 30.000 € Einsparung bei der Stadtbibliothek betreffen.

**Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, informierte über die Änderungsliste der Verwaltung: Der Vorschlag beinhaltet die Erhöhung um 14.100 € im

Sachkonto Bibliothekstechnisches Material und Zeitschriften. Nach Prüfung des Bedarfes, welche jährlich vorgenommen wird, können wieder Zeitschriften erworben werden. Um trotzdem den Haushaltsausgleich zu erhalten, wurden beim Stadtarchiv die geplanten Einnahmen aus Verwaltungsgebühren um 1.500 € erhöht. Weiterhin wurden kleinere Abzüge vorgenommen, so beim Stadtarchiv 1.000 € im Sachkonto Pflege der Kunstsammlungen und Archivbestände, und in der Stadtbibliothek wurde der Ansatz für Porto um 2.000 € reduziert. Die Stadtbibliothek wird künftig verstärkt elektronische Kommunikationsmittel einsetzen.

**Frau Dr. Bergner** stellte fest, dass bei einer Bestätigung der beiden Änderungsanträge die Änderungsliste der Verwaltung anders zu bewerten wäre.

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, bekräftigte, dass sich ihre Fraktion dem Antrag der SPD-Fraktion zum Stadtmuseum anschließen wird.

Zum Änderungsantrag der CDU- Fraktion erklärte sie, es sei nicht nachvollziehbar, weshalb im Stadtmuseum Honorare gekürzt werden sollen. Gerade die Bereiche Museumspädagogik und Öffentlichkeitsarbeit seien unverzichtbar. Die Kunstsammlungen und Archivbestände befinden sich ihrer Meinung nach in einem desaströsen Zustand. Im Hinblick auf die Auswahl von Exponaten für den zweiten Teil der Dauerausstellung sei für sie eine Kürzung in diesem Bereich nicht hinnehmbar.

Der Änderungsantrag beinhaltet eine Erhöhung der Eintrittspreise. Der Preis von 2,10 € hat sich seit der Euro-Einführung nicht verändert; im Salinemuseum beträgt der Eintrittspreis für Erwachsene 3,80 €, insofern wären 4,00 € für das Stadtmuseum vertretbar. Die Verwaltung müsste dann eine Eintrittspreisstaffelung mit Ermäßigungen erarbeiten.

**Frau Dr. Marquardt** fragte, ob die gesamten 29.500 € über diese Erhöhung abgedeckt werden sollen. **Frau Dr. Wünscher** bestätigte, es müsste möglich sein. Eine Erhöhung der Eintrittspreise ist ihrer Meinung nach auch ein Ausdruck der Wertschätzung für die Angebote des Museums.

**Frau Dr. Marquardt** wies darauf hin, dass es problematisch wird, wenn die Einnahmen nicht erreicht werden. **Frau Dr. Wünscher** stellte die Wichtigkeit der Museumspädagogik heraus.

**Frau Dr. Bergner** erwog die Möglichkeit, mehr Mittel bei den Honoraren einzustellen. Sie verwarf dieses jedoch, da dann ein neuer Änderungsantrag gestellt werden müsste. Zudem wäre dann die Änderungsliste der Verwaltung hinfällig.

**Frau Dr. Wünscher** erklärte, dass die Verfahrensweise im Hinblick auf die weiteren Beratungen bis hin zum Stadtrat doch zu behandeln sei.

**Frau Dr. Marquardt** wiederholte ihre Bedenken bezüglich des Nichterreichens der Einnahmen.

**Herr Bartl, CDU-Fraktion**, schlug vor, für den Fall, dass die Einnahmen nicht in ausreichendem Maße erhöht werden können, im Laufe des Jahres eine Reduzierung bei den Sachkosten vorzunehmen.

**Frau Dr. Bergner** hielt diese Variante für problematisch.

Man einigte sich darüber, keinen neuen Änderungsantrag zu verfassen und die Entwicklung der Einnahmen abzuwarten.

**Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, stellte fest, die Formulierungen werden beibehalten, dann bat sie um Abstimmung des Änderungsantrages der CDU-Fraktion.

Die Sachkundigen Einwohner empfahlen den Stadträten mehrheitlich eine Zustimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**  
10 Ja-Stimmen  
1 Enthaltung

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt:

Der Zuschuss in der Sachkontengruppe Personalaufwendungen (Honorare) des Produktes 1.25101 Stadtmuseum im Geschäftsbereich III wird um 22.500 € erhöht.  
Die geplante Senkung in der Sachkontengruppe Pflege der Kunstsammlung, Archivbestände um 7.000 € wird nicht vollzogen.  
Deckungsvorschlag – Erhöhung der Eintrittspreise im Stadtmuseum, beginnend mit 4 € Eintritt für Erwachsene und einer sich daraus ableitenden Staffelung für Gruppen und Ermäßigungen.

**Frau Dr. Bergner** kam nun zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion und fragte, ob es sich bei dem Deckungsvorschlag um eine Einsparung bei der Unterhaltung der Brunnen handelt. **Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, bestätigte dies. Er sprach sich gegen eine Einsparung bei der Musikbibliothek aus und verwies auf die Standortvorteile durch die Kombination Musikbibliothek, Bibliothek des Händel-Hauses und Zweigbibliothek Musik der Universität.

**Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, bat um Abstimmung des Änderungsantrages der SPD-Fraktion.

Die Sachkundigen Einwohner empfahlen den Stadträten mehrheitlich eine Zustimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**  
11 Ja-Stimmen

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt:

Der Zuschuss in der Sachkontengruppe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen des Produkts 1.27201 Stadtbibliothek im Geschäftsbereich III wird um 30.000 € erhöht. Zur Deckung wird der Zuschuss des Produkts 1.51105 in der Sachkontengruppe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produktgruppe Stadtgrün im Geschäftsbereich II, Teilhaushalt des Fachbereichs Umwelt um 30.000 € abgesenkt.

**Frau Dr. Bergner** bat nun um Abstimmung der Änderungsliste der Verwaltung zu den Kultureinrichtungen. Die Sachkundigen Einwohner empfahlen den Stadträten mehrheitlich eine Ablehnung der Änderungsliste der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis zur Änderungsliste der Verwaltung zu Kultureinrichtungen:**

**mehrheitlich abgelehnt**  
8 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen

**Frau Dr. Bergner** kam nun zur Ausgangs-Beschlussvorlage zurück und fragte nach weiterem Diskussionsbedarf.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wies auf einen Widerspruch im Haushaltsplanentwurf 2014 für das Konservatorium auf Seite 734, Zeile 10, hin: Im Vergleich 2013/2014 sind sinkende Personalkosten ausgewiesen, die Stellenanzahl lt. Stellenplan bleibt jedoch gleich.

**Herr Effner-Jonigkeit, Leiter des Konservatoriums**, erklärte dieses damit, dass nach dem Auslaufen der Teilzeitiinitiative vier Mitarbeiter weiterhin in Teilzeit arbeiten, die Personalkosten für 2013 aber auf Vollzeitstellen geplant wurden.

**Frau Dr. Brock** wollte wissen, ob das auch auf das Stadtmuseum zutrifft. **Frau Becker, Controllerin im Geschäftsbereich III**, bestätigte dies, zudem gab es hier eine Reduzierung der Honorare.

Weiterhin fragte **Frau Dr. Brock** zum geplanten Kunstankauf 2013 (Haushaltsplanentwurf S. 695). **Herr Stallbaum, amt. Leiter Fachbereich Kultur**, informierte, diese Position wird jedes Jahr als eine Form der Kunstförderung mittels Kunstankauf eingestellt. Aufgrund der Haushaltslage wurden die Mittel regelmäßig gestrichen.

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, fragte zum Stellenplan des Konservatoriums, wann die ausgewiesenen kw-Stellen bei Freiwerden wirklich fällig werden. **Herr Effner-Jonigkeit** informierte, die ersten Stellen werden 2017 fällig. Ob die Stellen wegfallen können, muss geklärt werden.

**Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE.**, fragte nach den Ergebnissen der Sitzung des Ausschusses für Personalbedarfsplanung vom 28.10.2013. **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, antwortete, dass zum Geschäftsbereich III nur über die neuen kw-Stellen beraten wurde. Im Fachbereich Kultur gibt es keine, im Fachbereich Sport zwei und im Dienstleistungszentrum Veranstaltungen ebenfalls zwei neue kw-Stellen.

**Frau Dr. Wünscher** äußerte, sie fühlt sich bei der Einordnung nach alten, neuen und aus der Haushaltskonsolidierung resultierenden kw-Stellen überfordert.

Es gab keine weiteren Fragen und Änderungswünsche. **Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

<b><u>Abstimmungsergebnis Gesamtvorlage:</u></b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
	10 Ja-Stimmen
	1 Enthaltung

**geänderter Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2014 mit dem Haushaltsplan 2014.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2012 zur Kenntnis.

**zu 4.2      Satzung des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel" einschließlich  
Gebührenordnung ab 01.08.2014  
Vorlage: V/2013/12036**

---

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, sprach sich im Namen ihrer Fraktion gegen eine Erhöhung der Gebühren aus. Im Vergleich mit den Musikschulen anderer Städte, so auch



der Kreismusikschule und der Musikschule Magdeburg, wären die Gebühren in Halle bereits jetzt hoch, eine weitere Erhöhung sei nach Meinung der CDU-Fraktion nicht angemessen und auch nicht einsehbar. Zudem hält sie dieses auch für einen Eingriff in den Bildungsauftrag. **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, wies darauf hin, dass die erhöhten Einnahmen bereits im Haushaltsplanentwurf 2014 eingestellt sind.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, brachte zum Ausdruck, sie stimme mit Frau Dr. Wünscher inhaltlich überein, die Musiklehrer sollen angemessen bezahlt werden. Es müsse aber auch gesehen werden, woher das Geld dafür kommt, daher müssten auch höhere Gebühren in Kauf genommen werden.

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, äußerte, er hält eine Erhöhung für nicht so abwegig, auch, weil die Schüler überwiegend nicht aus sozial schwachen Familien kommen. Er hätte sich aber von der Verwaltung eine Erläuterung zum Zustandekommen der geänderten Satzung erwünscht.

**Herr Kenkel, SKE**, meinte, er sei erstaunt, dass soziale Gesichtspunkte weniger eine Rolle spielen; das Konservatorium sollte seiner Meinung nach breite Bevölkerungsgruppen ansprechen.

**Frau Dr. Marquardt** erklärte, das umfassende Ermäßigungssystem, sowohl für Geschwisterkinder als auch nach sozialen Gesichtspunkten, bleibt in vollem Umfang erhalten.

**Frau Dr. Bergner** merkte an, dass nicht nur Kinder aus besser gestellten Familien die Musikschule besuchen. Sie habe den Eindruck, andere Städte tun mehr für die musikalische Erziehung als Halle.

**Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE.**, erklärte, seine Fraktion wird der Vorlage zustimmen. Es würde zwar schwer fallen, wäre aber notwendig, um die Personalausgabenerhöhung auszugleichen. Zudem wies er darauf hin, dass Magdeburg und auch der Saalekreis ein höheres Gewerbesteueraufkommen haben, dem müsse auch Rechnung getragen werden.

**Frau Dr. Brock** fragte nach der Nutzung des Pakets Bildung und Teilhabe. **Herr Effner-Jonigkeit, Leiter des Konservatoriums**, antwortete, es gibt ca. 40 bis 50 Nutzer, es hat dadurch aber nicht zu einer Erhöhung der Schülerzahlen geführt. Zur Nutzung des Halle-Passes erläuterte er, dass hier 50 Prozent Ermäßigung gewährt werden. Die bisherige Refinanzierung durch den Fachbereich Soziales soll jedoch wegfallen. Die Erhöhung der Stundensätze für die Honorarlehrer auf 18 € ab dem 01.09.2013 könne langfristig nur durch eine Erhöhung der Einnahmen ausgeglichen werden. Die 2007 vorgenommene Erhöhung des Basisbetrages der Gebührensätze und die gleichzeitige Kappung der Ermäßigungen hatten damals besonders Familien mit mehreren Kindern getroffen. Er hält die jetzige Steigerung für moderat.

Es gab keinen weiteren Diskussionsbedarf. **Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Die Sachkundigen Einwohner empfahlen den Stadträten mehrheitlich eine Zustimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**  
7 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

### Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die neue Satzung des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel" einschließlich Gebührenordnung (Anlage 1), die ab 1. August 2014 in Kraft tritt.

#### zu 4.3 Förderung des Künstlerhauses 188 e.V. im Jahr 2014 Vorlage: V/2013/12091

---

**Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Bildung**, informierte, dass die Verwaltung die Beschlusspunkte 2 und 3 streicht, da dazu noch keine Beschlusslage vorhanden ist. Wichtig sei die Bestätigung des Zuschusses in Höhe von 130.000 €, auch weil das Projekt Gestalter im Handwerk bis Ende 2014 verlängert wurde und die Betriebskosten für das Haus zu zahlen sind.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, stellte fest, dass von den 130.000 € Förderung Betriebskosten in Höhe von 108.000 € an den Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement gehen. Im Hinblick auf die Auflösung des ZGM zum Jahresende 2013 fragte sie, ob es dann nur ein Hin- und Herschieben der Gelder innerhalb der Stadtverwaltung sei. Ihrer Meinung nach handelt es sich dann nicht um eine Kulturförderung, sondern um eine Förderung für das Gebäude.

**Frau Becker, Controllerin im Geschäftsbereich III**, erläuterte, die Stadt zahlt nicht direkt an das ZGM. Der Verein werde insofern in seiner Arbeit unterstützt, als dass die Mietkosten gefördert werden.

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, meinte, der Anteil für das Künstlerhaus wäre im Vergleich zu den Gesamtfördermitteln recht hoch, man müsse jedoch zähneknirschend zustimmen, um das Projekt nicht zu gefährden. Eine Umsiedlung ins Stadtzentrum scheint ihr als zwingend notwendig.

**Herr Gruner, SKE**, erklärte, die im Künstlerhaus eingemieteten Vereine zahlen eine ortsübliche Miete.

**Herr Stauch, SKE**, brachte seine Verwunderung über die Konzeption zum Ausdruck. Es sei für ihn unverständlich, dass in der Druckerei viele Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, jedoch eine Vermietung an Zirkel, wie z.B. an den Malzirkel, nicht mehr möglich sein soll.

**Herr Stallbaum, amt. Leiter Fachbereich Kultur**, berichtete über die angestrebte Neuorientierung des Hauses, geplant sei auch eine Kooperation mit ähnlich agierenden Einrichtungen, wie „Goldene Rose“ und „Goldener Pflug“.

**Frau Dr. Brock** meinte, es sei wichtig, dass das Künstlerhaus weiterarbeiten kann, sie fragte, ob sich bei Abriss des Gebäudes die Miete reduzieren würde. **Herr Stallbaum** antwortete, für 2014 ändert sich nichts.

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, fragte, ob nur der Verein Bildender Künstler ins Stadtmuseum umziehen soll. **Herr Stallbaum bestätigte**, es können nicht alle Vereine in die neuen Räume, dieses sei im Moment noch nicht klar, es müsse erst der Baubeschluss abgewartet werden. Klar sei, es werde weniger Fläche zur Verfügung stehen.

Es gab keinen weiteren Diskussionsbedarf. **Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Die Sachkundigen Einwohner empfahlen den Stadträten mehrheitlich eine Zustimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**  
11 Ja-Stimmen

**Geänderter Beschluss:**

1. Der Kulturausschuss stimmt der Förderung des Künstlerhauses 188 e. V. im Jahr 2014 in Höhe von 130.000 € im Rahmen der bereitstehenden Mittel zu. Die Förderung erfolgt mit dem Ziel, das Künstlerhaus 188 als Kommunikations- und Arbeitsstätte für bildende Künstlerinnen und Künstler sowie als Kompetenzzentrum „Gestalter im Handwerk“ in der Stadt Halle vorzuhalten.
- ~~2. Der Kulturausschuss nimmt zur Kenntnis, dass im Zuge der Umsetzung der Planungen des Stadtbahnprojektes „Ausbau Böllberger Weg Nord, 2. BA“ für das Künstlerhaus ein neuer Standort ausgebaut wird. Für die bauliche Herrichtung des neuen Standortes wird es einen gesonderten Beschluss geben.~~
- ~~3. Im Zusammenhang mit dem neuen Standort erfährt das Konzept des Künstlerhauses eine Neuorientierung, die vor allem durch eine stärkere Vernetzung mit anderen Projekten der Bildenden Kunst geprägt wird.~~

**zu 4.4 Fortschreibung des Bibliotheksentwicklungskonzeptes der Stadtbibliothek Halle (Saale) für die Jahre 2014 bis 2018**  
**Vorlage: V/2013/12041**

---

**Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, fragte nach Diskussionsbedarf.

**Herr Kenkel, SKE**, wollte wissen, weshalb die Mittel für Buchbeschaffung im Jahr 2012 zurückgegangen sind. **Frau Dr. Labenz, Leiterin der Stadtbibliothek** antwortete, dieses sei auf Einwohnerrückgang und weniger Säumnisse der Nutzer zurückzuführen. **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, erinnerte an den Stadtratsbeschluss, wonach Mittel aus Säumnisgebühren für den Buchankauf verwendet werden dürfen. Es stehen keine anderen Haushaltsmittel für die Medienanschaffung zur Verfügung.

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, kritisierte die Beschlussvorlage; für sie sei das eine Bestandsaufnahme, sie vermisse ein Konzept. **Frau Dr. Marquardt** verwies auf den Abschnitt Mittelfristige Planung bis 2018, wo Zielgruppen, Ziele und Entwicklungen definiert sind.

**Herr Stauch, SKE**, fragte mit Bezug auf die geplante Intensivierung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Stadtteilbibliotheken, wie dieses personell umgesetzt werden soll.

**Frau Dr. Marquardt** schätzte ein, dass bereits jetzt die Mitarbeiter mit ihren kreativen Angeboten und interessanten Veranstaltungen eine gute Werbung für die Stadtteilbibliotheken machen. Beispielsweise arbeite die Stadtteilbibliothek Süd eng mit den Förderschulen im Umkreis zusammen. Zur Inanspruchnahme der personalwirtschaftlichen Modelle habe sie bisher noch keine Informationen.

**Frau Dr. Labenz** ergänzte, das Konzept sei eine feste Größe innerhalb der gegebenen personellen und finanziellen Rahmenbedingungen. Die Schwerpunkte bilden die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen als Leseförderung sowie die Angebote für Senioren. Als besonders wichtig wird der Erhalt der Stadtteilbibliotheken erachtet, um gerade diesen Zielgruppen den Besuch einer Bibliothek in Wohnortnähe zu ermöglichen.

Der bisher erfolgte Stellenabbau war hoch.

Sie berichtete weiter, das Konzept der Führung der Stadtteilbibliotheken als Familienbibliotheken hätte sich bewährt. Die Sachliteratur wird nur in der Zentralbibliothek vorgehalten, daher seien für die Stadtteilbibliotheken die Zeitschriften wichtig. Hier sei auch ein steigender Anteil der Zielgruppe Kinder und Ältere zu verzeichnen.

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, äußerte seine Hochachtung vor der Arbeit der Stadtteilbibliotheken. Er fragte zum Begriff „Schattenbenutzer“ auf Seite 5, wie dieser zu werten ist und ob solche Nutzer gewollt sind. **Frau Dr. Labenz** antwortete, es sei nicht so, wie gelegentlich von der Presse verbreitet, dass Halle wenig Bibliotheksnutzer habe. So gebe es die Möglichkeit, ohne Nuterausweis die Bibliothek zu nutzen und den ganzen Tag dort zu lesen. Weiterhin sei es Praxis, dass ein Nuterausweis von der ganzen Familie genutzt wird. Insgesamt sei es positiv zu bewerten: Hauptsache, die Leute kommen in die Bibliothek.

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, meinte, das Konzept wäre als Leitlinie zu sehen mit Bindung der Politik.

**Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE.**, kritisierte, der 4. Abschnitt ist mit „Mittelfristige Entwicklung bis 2018“ überschrieben, er könne aber dazu nichts finden. Es sei nur eine Auflistung des Istzustandes. **Frau Dr. Labenz** antwortete, das Ziel sei die Erhaltung des jetzt erreichten Standes. An der Quantität soll nichts geändert werden; die Qualität kann immer verbessert werden.

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, äußerte sich anerkennend über die Zielstellung Erhalt der Einrichtung und fragte nach der Größe der Publikumsflächen. **Frau Dr. Labenz** antwortete, der Ausbau hat schon viel Fläche gebracht, es hätte aber auch noch mehr sein können; in Magdeburg befindet sich die Musikbibliothek im Zentralhaus.

Es gab keine weiteren Fragen. **Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Die Sachkundigen Einwohner empfahlen den Stadträten mehrheitlich eine Zustimmung.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**  
11 Ja-Stimmen

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage angeführte Fortschreibung des Bibliothekskonzepts der Stadtbibliothek Halle (Saale) 2014 bis 2018.

**zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung der Räumlichkeiten des ehemaligen Thalia Theaters**  
**Vorlage: V/2013/11705**

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, teilte mit, dass ihre Fraktion den Antrag zurückzieht. Zum damaligen Zeitpunkt sollte ein Gespräch zwischen dem

Oberbürgermeister und Vertretern des Fördervereins Thalia Theater abgewartet werden. Nunmehr habe sie die Information, dass das Thalia weiter als Spielstätte erhalten werden kann und der Antrag erübrigt sich.

**Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, berichtete, sie war bei dem Gespräch am 15.10.2013 dabei. Der Förderverein habe signalisiert, dass er Schwierigkeiten bei der Erfüllung des Kaufvertrages hat, da sich abzeichnet, dass er die Betriebskosten nicht dauerhaft aufbringen kann. Somit ginge die Immobilie voraussichtlich zum Jahresende an die Stadt zurück.

Es gab keine weiteren Fragen.

**Abstimmungsergebnis:** zurückgezogen

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Trägerverein der Spielstätte Thalia Theater, Freunde des Thalia Theaters e.V., Möglichkeiten und Chancen einer dauerhaften Betreuung der Spielstätte zu entwickeln.

Dabei sind die Interessen der bisherigen Nutzer zu berücksichtigen (z.B. Bude e.V., Jugendklub nt, Kaltstart e.V. etc.). Ziel sollte dabei sein, den Jugendlichen und Theaterakteuren zu ermöglichen, den Zweck des Gebäudes als Forum für junge Menschen mit Engagement in der darstellenden Kunst mit Leben zu erfüllen.

Der Stadtrat wird bis Ende September 2013 über das Ergebnis der Gespräche informiert.

**zu 5.2 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Beseitigung der Skulpturengruppe vor dem Finanzamt Blücherstraße  
Vorlage: V/2013/11979**

---

**Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, empfahl, den Antrag abzulehnen, da sich die Skulpturengruppe nicht in städtischem Eigentum befindet.

**Herr Bauersfeld, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM** (ehem. CDU-Fraktion), informierte, er würde den Antrag dahingehend modifizieren, dass der Eigentümer dazu aufgefordert werden soll, die Skulpturen einzulagern. Nach seinen Recherchen sei das Land nicht Eigentümer. **Herr Stallbaum, amt. Leiter Fachbereich Kultur**, informierte, die Plastiken befinden sich auf einem Grundstück des Landes Sachsen-Anhalt, das Land hat auch die dritte Figur eingelagert.

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, äußerte, zum Schöpfer der Skulpturengruppe, Gerhard Geyer, dass dieser ein in Halle bekannter Bildhauer war; aus diesem Grund sollte die Stadt Interesse daran haben, dass das Kunstwerk in Halle verbleibt.

**Herr Bonan, SPD-Fraktion**, kritisierte, dass hier bereits stehende Kunstwerke thematisiert werden. Zudem korrigierte er die Bezeichnung.

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, stellte den Geschäftsordnungsantrag, das Thema nicht weiter zu behandeln, da die Stadt nicht Eigentümer ist.

**Herr Bauersfeld** widersprach dem, mit dem Kunstwerk sei eine politische Aussage verbunden. Er halte es deshalb für die Stadt Halle nicht als erhaltenswert.

**Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, bat um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Erklärung der Nichtzuständigkeit.

Die Sachkundigen Einwohner empfahlen den Stadträten mehrheitlich eine Zustimmung.

**Abstimmungsergebnis über Geschäftsordnungsantrag auf Nichtzuständigkeit:**

**einstimmig zugestimmt**

10 Ja-Stimmen

1 Enthaltung

Somit ergab sich zum Antrag die Erklärung der Nichtzuständigkeit.

**Abstimmungsergebnis:** **nicht zuständig**

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt die restlichen beiden Figuren der Skulpturengruppe „Tschekist und IM“ von ihrem Standort zu entfernen und zusammen mit der dritten Figur einzulagern.

**zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

**zu 7 Mitteilungen**

---

**Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, informierte, dass sie beauftragt ist, innerhalb der nächsten zwei Wochen eine Konzeption für die Durchführung von Bildungsangeboten im Planetarium Kanena zu erstellen.

**zu 7.1 Bericht zum Prüfauftrag V/2013/113060: Kunst im öffentlichen Raum**

---

**Herr Stallbaum, amt. Leiter Fachbereich Kultur**, informierte, dass zum Prüfauftrag Kunst im öffentlichen Raum Abstimmungen mit dem Fachbereich Planen erfolgt sind und im Januar eine entsprechende Beschlussvorlage erarbeitet wird.

**zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte zum Thema Emil-Abderhalden-Straße, ob nach der Verweisung aus der letzten Stadtratssitzung in den Kulturausschuss eine Behandlung vorgesehen ist. **Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, erinnerte daran, dass man sich geeinigt hatte, das Gutachten der Leopoldina abzuwarten. Für die Sitzung Dezember sind der Verfasser des Gutachtens, die Generalsekretärin der Leopoldina und der Rektor der Martin-Luther-Universität eingeladen. Sie informierte, dass das Ergebnis des Gutachtens im Frühjahr 2014 vorliegen soll.

**Frau Dr. Brock** fragte, ob es sich um einen Antrag oder um eine Beschlussvorlage handeln wird. **Frau Dr. Bergner** meinte, es wird eine Beschlussvorlage geben.

---

**Herr Dr. Kraus, SKE**, fragte, ob die Kulturpolitischen Leitlinien in der nächsten Stadtrats-sitzung auf der Tagesordnung stehen. **Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, bestätigte, sie stehen auf der Tagesordnung, werden aber abgesetzt.

---

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, fragte, welche Förderungen die Stiftung Moritzburg im Jahr 2013 erhalten hat. **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

---

**Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion**, fragte, ob es Neuigkeiten zur TOO GmbH gibt.

**Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, informierte, es liegen jetzt Ergebnisse der Untersuchung von Herrn Rauschenbach vor.

Es gab keine weiteren Fragen.

## **zu 9      Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen. **Frau Dr. Bergner, Ausschussvorsitzende**, beendete die öffentliche Sitzung des Kulturausschusses.

Für die Richtigkeit:

Datum: 15.01.14

---

Dr. Judith Marquardt  
Beigeordnete für Kultur und Sport

---

Dr. Annegret Bergner  
Ausschussvorsitzende

---

Jutta Schmitz  
Protokollführerin